



Faire Arbeit ohne Grenzen.

NRW-Initiative gegen schlimmste Formen
der Kinderarbeit.



Faire Arbeit ohne Grenzen.

NRW-Initiative gegen schlimmste Formen
der Kinderarbeit.

Brüssel, 16. Dezember 2013

Inhalt

- **Begrüßung:**
Rainer Steffens, Leiter der
Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union. 6

- **NRW-Initiative gegen schlimmste Formen der Kinderarbeit:**
Guntram Schneider, Minister für
Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. 8

- **Podiumsdiskussion:**
Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments und
handelspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion
Lena Sund, Referentin Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission
Sergi Corbalán, Geschäftsführer des Fair Trade Advocacy Office
Stefan Gran, Leiter DGB-Verbindungsbüro Brüssel
Moderation: Isabelle Steinhauser, Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 11

- **Impressionen** 14



Begrüßung

Rainer Steffens, Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

**Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Ich freue mich, Sie heute zu der Veranstaltung „Faire Arbeit ohne Grenzen“ begrüßen zu können.

Viele Güter, die wir tagtäglich konsumieren, werden von Minderjährigen hergestellt. Das gilt gerade an Weihnachten.

Gerne wird verdrängt, dass ihre billige Arbeitskraft einen Beitrag zu unserem Wohlstand leistet.

Etwa 168 Millionen Kinder müssen weltweit arbeiten. Gut die Hälfte arbeitet unter schlimmsten Bedingungen. Die Arbeit ist gefährlich,

schädigt Kinder für ihr ganzes Leben, wenn sie überhaupt erwachsen werden.

Die Ausbeutung hat viele Gesichter. Versklavung von Kindern, Kindersoldaten, Kinder als Drogenkuriere und Kinderprostitution sind vielleicht die schrecklichsten Formen.

Ausbeuterische Kinderarbeit ist zwar auf dem Rückzug. Aber der Rückgang ist zu schwach, um das Ziel der ILO zu erreichen, diese Form der Kinderarbeit bis 2016 abzuschaffen.

Angesichts des Zusammenhangs zwischen Armut und Kinderarbeit ist zu befürchten, dass



die ökonomische Entwicklung – zumindest in einigen Regionen der Welt – die Kinderarbeit wieder ansteigen lässt.

Man kann etwas dagegen tun. Verbraucher, Unternehmen und die Regierungen haben dazu die Möglichkeit.

Das Thema findet sich auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wieder. Dort heißt es:

„Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigt werden,

damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.“

Wie man die Initiative „Faire Arbeit ohne Grenzen“ auch auf die europäische Ebene heben kann, darüber können wir heute diskutieren.



NRW-Initiative gegen schlimmste Formen der Kinderarbeit

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, Sie heute zu der Veranstaltung „Faire Arbeit ohne Grenzen – NRW-Initiative gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hier in der NRW-Landesvertretung in Brüssel begrüßen zu dürfen.

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales hat sich mit der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ zum Ziel gesetzt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen einzudämmen und unser Land zum Land der fairen Arbeit zu machen. Niedrige Löhne, Minijobs und Leiharbeit sind dabei unsere Kernthemen.

Faire Arbeitsbedingungen dürfen aber nicht an Ländergrenzen Halt machen. Dies gilt ganz besonders für das Thema Kinderarbeit.

Es kann nicht sein, dass tagtäglich Millionen Kinder weltweit unter teils unvorstellbaren

und ausbeuterischen Bedingungen schuften müssen!

Zahlreiche Kinderarbeiterinnen und Kinderarbeiter sind dabei in Betrieben beschäftigt, die Waren für den Exportmarkt und damit auch für Europa produzieren.

Nach neuesten Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO arbeiten weltweit etwa 168 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 17 Jahren; 85 Millionen hiervon in den schlimmsten Formen der Kinderarbeit, also unter ausbeuterischen und oft gesundheitsschädlichen Bedingungen.

Trotz der erschreckenden Dimension der Kinderarbeit wecken diese Zahlen aber auch Hoffnung, denn die Anzahl an Kinderarbeiterinnen und Kinderarbeitern ist rückläufig.



Im Rahmen einer langfristig angelegten Initiative setzt sich auch mein Ministerium für den Rückgang der Kinderarbeit ein. Ein wichtiges Anliegen hierbei ist für uns die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Wir haben 2011 eine Aktionswoche zum Thema im Landtag von Nordrhein-Westfalen durchgeführt und wir machen jährlich bei Deutschlands größter Messe für den Fairen Handel in meiner Heimatstadt Dortmund auf das Thema Kinderarbeit aufmerksam.

2013 haben wir gemeinsam mit engagierten Initiativen aus Nordrhein-Westfalen eine Wanderausstellung gegen Kinderarbeit gestartet. Es freut mich besonders, dass auch heute hier in Brüssel einige der Exponate zu sehen sind.

2011 habe ich unter anderem mit den Sozialpartnern in Nordrhein-Westfalen die „Gemein-

same Erklärung gegen schlimmste Formen von Kinderarbeit“ unterzeichnet.

Die Unterzeichner setzen sich dafür ein, nur Produkte zu verwenden, die ohne schlimmste Formen der Kinderarbeit entstanden sind. Zudem verpflichten sie sich, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Kooperationen mit aktiven Initiativen für Kinder nachhaltig fortzuführen oder neue Projekte zu entwickeln.

Mit dem Tariftreuegesetz hat die Landesregierung darüber hinaus im Jahr 2012 festgelegt, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nachweislich keine Produkte aus Kinderarbeit einsetzen.

Hiermit haben wir bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Es gibt aber noch viel zu tun.

Die Zahl der Kinderarbeiterinnen und Kinderarbeiter ist rückläufig – ein Grund zum Aufatmen ist das aber noch nicht.

Denn klar ist: Jedes Kind, das unter ausbeuterischen, gesundheitsschädlichen oder gefährlichen Bedingungen arbeiten muss, ist eines zu viel!

Auf Initiative Nordrhein-Westfalens hat der Bundesrat darum die EU-Kommission aufgefordert, die Einfuhr von Produkten aus schlimmster Kinderarbeit zu verhindern.

Ein Einfuhrverbot allein führt allerdings noch

Hierbei dürfen Menschenrechte, Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Blick geraten!

Darum haben wir die EU-Kommission und auch die Bundesregierung aufgefordert, beim Abschluss von Handelsabkommen sicherzustellen, dass arbeitsrechtliche Mindestnormen verbindlich und sanktionierbar festgeschrieben werden.

Im Fokus auch hier: die ILO-Konvention zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.

Die von UNO und ILO gesteckten Ziele zur Bekämpfung der Kinderarbeit werden absehbar



nicht zu menschenwürdigen Lebensbedingungen der betroffenen Kinder und ihrer Familien und muss daher von weiteren Maßnahmen flankiert werden.

Gerade der Faire Handel ist ein Schlüssel zur nachhaltigen Bekämpfung von Kinderarbeit, denn er verbessert die Entlohnung von Erwachsenen in den betroffenen Ländern, die dadurch den Lebensunterhalt für ihre Familien bestreiten können.

Nur ein gesicherter Lebensunterhalt ermöglicht den Familien überhaupt, ihre Kinder an Bildungsprojekten teilnehmen lassen zu können. Und der wohlbekannte Ausspruch von Nelson Mandela

„Bildung ist die stärkste Waffe, um die Welt zu verändern“

gilt ganz besonders auch beim Kampf gegen Kinderarbeit.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit geht die EU vermehrt dazu über, bilaterale Handelsabkommen, unter anderem auch mit den Ländern des Südens, abzuschließen.

verfehlt werden: Gemeint sind

- das Millenniumsentwicklungsziel, bis 2015 allen Kindern weltweit einen Grundschulbesuch zu ermöglichen,
- sowie das Ziel der ILO, bis 2016 die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vollständig auszurotten.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass beim globalen Dialog über die Bekämpfung von Kinderarbeit zukünftig gerade die EU eine führende Rolle einnehmen muss.

Aber auch jeder Einzelne von uns kann schon etwas tun, indem wir in unserem Alltag immer wieder bewusste Kaufentscheidungen treffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr auf den heutigen Dialog mit Ihnen allen und möchte schließen mit den Worten des Staatsphilosophen Rousseau:

„Die Natur will, dass Kinder Kinder sind, bevor sie zu Erwachsenen werden.“

Vielen Dank!



Podiumsdiskussion

v. l. n. r.: Stefan Gran (DGB),
Sergi Corbalán (FTAO), Bernd Lange (MdEP),
Lena Sund (KOM),
Moderation: Isabelle Steinhauser (MAIS NRW)

An der Podiumsdiskussion nahmen teil:

- **Bernd Lange**, Mitglied des Europäischen Parlaments und handelspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion
 - **Lena Sund**, Referentin der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Handel
 - **Sergi Corbalán**, Geschäftsführer des Fair Trade Advocacy Office
 - **Stefan Gran**, Leiter des Verbindungsbüros des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Brüssel
 - **Moderation: Isabelle Steinhauser**, Leiterin des Europareferates im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Im Rahmen der Podiumsdiskussion wurden die DiskutantIn bzw. die Diskutanten insbesondere befragt nach
- den wesentlichen Dingen, die es bei der Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu berücksichtigen gelte, und danach, was ihnen hierbei persönlich besonders wichtig sei,
 - der aus ihrer Sicht hierbei der EU zukommenden Rolle, auch in Bezug auf den Abschluss von EU-Freihandelsabkommen,
 - der Bedeutung des Fairen Handels innerhalb Europas.



Bernd Lange MdEP:

Als die aus persönlicher Sicht wesentlichen Bereiche zur erfolgreichen Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit benannte Herr Lange

- den Freihandel,
- die materielle Unterstützung betroffener Staaten,
- das öffentliche Beschaffungswesen
- sowie die Verantwortung von Unternehmen.

Speziell zum Thema EU-Freihandelsabkommen betonte Herr Lange, dass die Aushandlung dieser erst seit dem Lissabonvertrag als demokratischer Prozess organisiert sei, denn erst seitdem müsse auch das Europäische Parlament seine Zustimmung zu Handelsabkommen geben. Um als Europäisches Parlament maßgeblichen Einfluss auf Inhalte von Handelsabkommen zu nehmen, seien allerdings auch entsprechende politische Mehrheitsverhältnisse notwendig. Bei Themen wie ACTA habe sich gezeigt, welche Macht das Europäische Parlament besäße, wenn sich politische Mehrheiten fänden. Am Beispiel des EU-Freihandelsabkommens mit Kolumbien skizzierte Herr Lange zudem, dass die sozialdemokratische Fraktion durchaus bereits wesentliche Impulse zur Stärkung des Nachhaltigkeitskapitels in Handelsabkommen habe setzen können. So habe das Europäische Parlament einen Fahrplan zur Stärkung der Menschenrechtssituation durchgesetzt.

Grundsätzlich äußerte Herr Lange Zweifel, ob Staaten, die vom Problem Kinderarbeit betroffen seien, Handelsabkommen mit Sanktionsmechanismen, wie es vielfach gefordert werde, überhaupt unterzeichnen würden. Generell sollten Freihandelsabkommen aus Sicht von Herrn Lange nicht als Endpunkt, sondern vielmehr als Anfang eines Entwicklungsprozesses angesehen werden.



Lena Sund:

Laut Frau Sund sei die Kommission sehr besorgt über die weltweite Situation vieler Kinderarbeiterinnen und -arbeiter. Man habe im Jahr 2013 ein Arbeitsdokument zu den Themen Handel und schlimmste Formen der Kinderarbeit vorgelegt, das eine Sammlung internationaler Erfahrungen zum Angehen der Problemanalyse liefere und einen ganzheitlichen Ansatz als effizienteste Art zur Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vorschläge. Monitoring und Dialog seien von elementarer Bedeutung. Besonders wichtig sei es laut Frau Sund, herauszufinden, in welchen Sektoren die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vor allem verbreitet seien, um speziell zugeschnittene Maßnahmen zu ergreifen. Eine große Hürde stellten Probleme im Zusammenhang mit der Nachverfolgbarkeit von Produkten und Rohstoffen dar. Dies wolle die EU künftig verstärkt beleuchten.

Auch sei es wichtig, Verbraucherbewusstsein zu schaffen. Frau Sund betonte darüber hinaus, dass es nicht an der EU sei, in die Gesetzgebungskompetenz souveräner Staaten einzugreifen.

Das Beispiel des brasilianischen Sozialhilfeprogramms „Bolsa Familia“ zeige, was eine Schlüsselmaßnahme zur Unterstützung der erfolgreichen Bekämpfung schlimmster Formen der Kinderarbeit sein könne.

Aus Sicht der Kommission sei Handelspolitik ein Instrument, das grundsätzlich – in Verbindung mit anderen Instrumenten – positiv zu bewerten sei, da verstärkter Handel das wirtschaftliche Wachstum verbessere und positiven Effekt auf die Entwicklung habe.



Sergi Corbalán:

Herr Corbalán wies darauf hin, dass es sich bei der Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit um ein komplexes Thema handele, was eine Multi-Stakeholder-Verantwortung mit sich bringe.

Herr Corbalán lobte die NRW-Initiative gegen schlimmste Formen der Kinderarbeit und äußerte die Hoffnung, dass die EU diese sowie eine wachsende Anzahl ähnlicher Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene innerhalb der EU aufgreifen werde. An die EU richte er die Erwartung eines ganzheitlichen Konzeptes mit einer klaren Vision. Die EU müsse eine klare Strategie zum Thema des Fairen Handels vorlegen anstelle des momentanen Ansatzes der EU, den Fairen Handel lediglich als ein Verbrauchergarantiekonzept zu behandeln.

Ein wesentlicher Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarbeit sei das „Empowerment“ der Betroffenen; dies sei insbesondere durch garantierte Mindestpreise und Preisprämien für die Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards zu erreichen. Es handele sich um einen langwierigen Prozess, den alle Akteure schultern müssten. Bislang lege die EU den Fokus ihrer Handelspolitik auf die Öffnung ausländischer Märkte für europäische Unternehmen, von einer prioritären Behandlung der Förderung gerechter Handelsbedingungen mit hohen Sozial- und Umweltstandards sei man weit entfernt. Aus seiner Sicht sollte die EU der Ausrottung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit sowie der Förderung des Fairen Handels oberste Priorität einräumen.



Stefan Gran:

Aus Sicht von Herrn Gran sei bei der Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit eine Kombination von Bildungs- und Sozialmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Gerade die besser entwickelten Länder müssten den von Kinderarbeit betroffenen Ländern Unterstützung leisten.

In Bezug auf die aktuellen Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit den USA wies Herr Gran darauf hin, dass neben der ILO-Norm 182 über das Verbot und Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit auch die ILO-Norm 138 zu beachten sei. Diese Norm, die das Mindestalter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern regle, sei von den USA bislang nicht gezeichnet worden.

Grundsätzlich kritisierte Herr Gran, dass EU-Freihandelsabkommen in Bezug auf Nachhaltigkeitskapitel keine sanktionsbewehrten Maßnahmen enthielten. Hier müsse die EU in Verhandlungen ihr enormes Gewicht in die Waagschale werfen, statt die eigene Rolle klein-zureden.

Die Gewerkschaften selbst seien sehr aktiv in der Unterstützung des Kampfes gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit. So würden auf gewerkschaftliche Initiative hin betriebliche Abkommen über die Einhaltung von Arbeitsrechtsstandards geschlossen. Des Weiteren würde vielfach Aufklärungsarbeit geleistet und Unternehmen würden verstärkt dazu angehalten, CSR-Kodizes einzuführen.



Herausgeber

Ministerium für Arbeit, Integration und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax: 0211 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Gestaltung

designbüro andreas**mischok**

Fotos

Alain Bienenstock

Druck

Hausdruckerei MAIS NRW

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, April 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax: 0211 855-3211
info@mais.nrw.de

www.mais.nrw.de